

K-5NEU Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: Landesvorstand
 Beschlussdatum: 08.12.2022
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
 2 unterschiedlichsten Biografien, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine Stadt, die der
 3 Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das Zusammenleben von
 4 Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des
 5 Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und
 6 Diskriminierungsschutz für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
 7 diskriminierende und rassistische Strukturen sowie jedwede Formen der Diskriminierung und
 8 Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand
 9 Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung
 10 die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wo verschiedene Formen der Diskriminierung
 11 und Ausgrenzung zusammenfallen, betrachten wir diese stets in ihrem Zusammenhang:
 12 Beispielsweise müssen Frauen-, Queer- oder Inklusionspolitik immer auch antirassistisch
 13 sein, so wie auch Antirassismus feministisch, queer und inklusiv sein soll. Unsere Politik
 14 ist intersektional. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb
 15 haben wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und
 16 Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Unser
 17 Frauenstatut dient seit über 30 Jahren erfolgreich als Grundlage dafür, Macht und Teilhabe
 18 in unserer Partei geschlechtergerecht zu verteilen. Darauf wollen wir aufbauen. Uns ist
 19 bewusst: Menschen, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen
 20 Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus und Diskriminierung verlernen.
 21 Menschen, die in unserer Gesellschaft von Rassismus betroffen sind, müssen sichtbar werden,
 22 nicht nur zu Wort kommen und mitbestimmen können, sondern auch in die Entscheidungsprozesse
 23 einbezogen werden – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das ist ein
 24 erster wichtiger und notwendiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

25 Um dies zu erreichen, braucht es auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit
 26 unterschiedlichen Formen von Rassismus, etwa Rassismus gegen Schwarze Menschen,
 27 antimuslimischem Rassismus oder antisiasiatischem Rassismus. So hat Berlin als erstes
 28 Bundesland eine Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus einberufen, deren
 29 Handlungsempfehlungen liegen seit September 2022 vor und müssen nun umgesetzt werden.

30 Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

31 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
 32 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
 33 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
 34 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt, Respekt.“ unterstützen wir
 35 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
 36 Antiziganismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter
 37 ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine
 38 stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker
 39 an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir wollen neue niedrigschwellige und inklusive
 40 Beteiligungsformate erproben und etablieren, die die Teilnahme von Menschen ermöglichen,
 41 deren Stimmen aufgrund von Zugangsbarrieren oder weil sie sich nicht angesprochen gefühlt
 42 haben, bisher unsichtbar und unhörbar geblieben sind. Dazu wollen wir in allen Bezirken und

43 auf Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die temporär zu bestimmten Themen gebildet
44 werden und die gewählten Repräsentant*innen beraten.

45 Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen

46 Unsere Partei wurde durch die Frauenbewegung maßgeblich geprägt und ist mit aus ihr heraus
47 entstanden. Feministische Politik gehört zu unserer DNA – und wir sind erfolgreich. In der
48 grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
49 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Mit der
50 intersektionalen Brille betrachtet ist das Defizit der Unterrepräsentation noch eklatanter:
51 Lesbische Frauen und Women of Color sind im Abgeordnetenhaus so gut wie kaum repräsentiert.
52 Das nehmen wir nicht hin! Wir prüfen, wie wir einen verfassungskonformen Weg für ein
53 Paritätsgesetz entwickeln können, damit alle Parteien verpflichtet sind, deutlich mehr
54 Frauen in die Parlamente zu schicken.

55 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
56 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das achte Berliner
57 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein neuntes Frauenhaus, denn die
58 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen
59 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
60 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
61 verabschiedet.

62 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
63 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
64 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

65 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

66 Unsere Stadt ist so bunt wie der Regenbogen und eine vielfältige queere Community gehört zum
67 Herzen der Regenbogen-Hauptstadt Berlin. Hier sollen sich alle queeren Menschen willkommen,
68 sicher und zuhause fühlen – egal ob hier geboren, zugezogen oder zu Besuch. Wir unterstützen
69 queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Dafür braucht es
70 Freiräume, die wir schützen wollen. Den bestehenden Maßnahmenplan, die „Initiative
71 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV), werden wir gemeinsam mit den lesbischen,
72 schwulen, bi-, trans- und inter-Communitys weiter ausbauen und neue Handlungsfelder
73 erschließen, um quer durch alle Ressorts die vielfältige Beratungs-, Empowerment- und
74 Antidiskriminierungsarbeit für LSBTIQ* im Bildungs- und Gesundheitsbereich über den
75 Gewaltschutz bis hin zur Kultur- und Erinnerungspolitik zu stärken. Durch einen
76 ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen,
77 bi-, trans- und inter-Communitys erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für
78 Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine
79 und Aktivist*innen zu Wort kommen und ihre vielfältigen, intersektionalen Perspektiven
80 einfließen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.

81 Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat

82 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
83 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
84 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
85 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir der Berliner Polizei bei konkretem
86 Verdacht auf terroristische Straftaten oder ähnlich schwere Verbrechen zusätzliche
87 Kompetenzen wie die Telekommunikationsüberwachung unter Richtervorbehalt eingeräumt und
88 gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
89 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines

90 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
91 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
92 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
93 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
94 Reihen schonungslos aufdeckt, sich die dafür notwendigen diskriminierungskritischen
95 Kompetenzen und das erforderliche Wissen systematisch und kontinuierlich aneignet und so
96 vielfältig und offen ist wie unsere Stadt. Genau so entsteht Vertrauen. Gewalt und
97 Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Dagegen
98 braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln. Gewalt kann niemals ein legitimes Mittel
99 in der politischen Debatte sein. Sie disqualifiziert für jeglichen politischen Diskurs.
100 Rechtsextremismus ist dabei die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit
101 in Deutschland und Berlin. Als Folge des Anschlags auf dem Breitscheidplatz haben wir die
102 Strukturen zur Bekämpfung von islamistischem Terror gestärkt. Wir errichten ein neues Anti-
103 Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Die
104 Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss
105 Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Linksradikaler Gewalt treten wir wie jeder Form
106 von politisch motivierter Gewalt konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

107 Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir erkrankte Polizist*innen entschädigt
108 und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet
109 werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr und Polizei wurden deutlich
110 angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr ist in der Planung, um
111 Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und Arbeitsbedingungen für
112 unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen. Die Ausweitung der
113 Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie Gesichtserkennung zur Gefahrenabwehr lehnen wir
114 ab.

115 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
116 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
117 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
118 im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen Justizvollzugsanstalten wieder erreicht,
119 Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der
120 Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn
121 abzudrehen und Vermögen einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner
122 Staatsanwaltschaft gegründet. Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass
123 Lebensmittel nicht verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes
124 erfüllen. Um die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir
125 Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der
126 Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

127 Freiräume erhalten und fördern

128 Berlin lebt von Kreativität, Freiräumen und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem. Gerade
129 in einer wachsenden Stadt und zu Zeiten steigender Preise geraten Freiräume unter Druck,
130 deshalb darf das Bekenntnis zu Freiräumen für Kunst, Kultur und alternativen Lebensmodellen
131 nicht nur ein Werbespruch bleiben. Wir brauchen deshalb auf Bundesebene eine Reform des
132 Gewerbemietrechts, die es den Kommunen ermöglicht, Räume zur Produktion von Kunst und
133 Kultur, für Bildungseinrichtungen und Kulturorte zu schützen, etwa durch die Ausweitung des
134 Milieuschutzes auf gewerbliche Räume. Auch setzen wir uns für den Schutz von Freiräumen ein,
135 die als Schutzräume für alternative Lebensentwürfe und marginalisierte beziehungsweise von
136 Diskriminierung betroffene Gruppen dienen. Wir wollen, dass alternative Freiräume
137 langfristig Bestand haben, in ihren Räumen bleiben können oder – falls nötig – neue Orte
138 erhalten, wenn ihre Existenz bedroht ist. Solange Land und Kommunen durch den Bund jegliche

139 Kompetenz für den Erhalt von diesen Freiräumen verwehrt bleibt, wollen wir im Fall von
140 Besetzungen dem Berner Vorbild folgen, damit nur und erst dann geräumt wird, wenn der
141 Besitzer eine geplante Nutzung der Räumlichkeit nachweisen kann. Generell haben bei
142 Besetzungen für uns politische Lösungen immer Vorrang.

143 Kulturmetropole Berlin

144 Berlin hat eine einzigartige Kunst- und Kulturszene. Wir wollen, dass alle Menschen in
145 dieser Stadt ungehindert und barrierefrei teilhaben können an Kultur und Künsten. Infolge
146 der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler
147 Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute prekärer denn je. Der Wert von
148 Kunst und Kultur steht für sich und bleibt unabhängig von seiner kommerziellen
149 Verwertbarkeit. Deshalb kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von
150 Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso wie für
151 eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir werden dafür die
152 bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie
153 Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und der
154 kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt
155 – gerade auch in Jurys, Intendanzen und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien
156 Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

157 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
158 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
159 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbarer werden. Für die
160 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
161 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und der
162 Kulturförderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Zur
163 kollektiven Erinnerungskultur gehört es auch, die Sichtbarkeit der ersten und zweiten
164 Generationen der Arbeitsmigrant*innen (Westberlin) sowie Vertragsarbeiter*innen (Ostberlin)
165 und ihrer Errungenschaften im Straßenbild zu erhöhen. Erinnerungsstrategien sowie die
166 Geschichten der Aufbaugeneration wollen wir gemeinsam mit Menschen, die über das
167 Anwerbeabkommen nach Deutschland migriert sind, und ihren (Enkel-)Kindern entwickeln und
168 umsetzen. Antirassistische, feministische und queere Perspektiven in den Museen wollen wir
169 weiter stärken und die Geschichte(n) dieser emanzipatorischen Bewegungen in den
170 Kultureinrichtungen und im Stadtbild Berlins sichtbarer machen. Sammlungen, Archive und
171 Museen, die von sozialen Bewegungen selbst aufgebaut wurden, werden wir weiter unterstützen
172 und ihren Bestand auch in Zukunft gewährleisten.

173 Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen

174 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung. Wir
175 stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und verurteilen den russischen Angriffskrieg
176 aufs schärfste. Auch viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit mit großer Sorge.
177 Das Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Italien, Polen, Ungarn,
178 Schweden und anderen Ländern droht die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die
179 sogenannten "LSBT*-freien Zonen" in Polen, die Anti-LSBTIQ*-Angriffe im russischen
180 Tschetschenien sowie die Rücknahme von queeren Rechten in Ungarn sind besorgniserregende
181 Menschenrechtsverletzungen, denen sichtbar entgegengetreten werden muss. Wir arbeiten über
182 unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und setzen uns im
183 „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der
184 Belange von LSBTIQ* ein. Der völkerechtswidrige und menschenverachtende russische
185 Angriffskrieg auf die Ukraine zwingt Millionen Menschen in die Flucht. Hier sagen wir einmal
186 mehr: Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend,

187 Armut oder der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen
188 eine Chance erhalten, sich hier ein Leben aufzubauen. Wir machen Berlin zu einer guten
189 Heimat für all diejenigen, die in Berlin Schutz suchen und hier leben wollen. Wir setzen uns
190 für die gerechte Öffnung der Strukturen für Geflüchtete ein – vom gerechten Zugang zu
191 (Aus)Bildung, Wohnung, Arbeit, ärztlicher Versorgung und sozialer Absicherung über Kunst und
192 Kultur und bis hin zur politischen Teilhabe, nicht zuletzt in unserer eigenen Partei. Wir
193 setzen uns dafür ein, dass Berlin zu einer starken Solidarity City wird.

194 4.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen Diskriminierung

195 Berlin ist offen. Offen für Neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
196 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
197 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
198 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
199 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der
200 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
201 und gegen Stigmatisierung. Wir werden das LADG konsequent weiterentwickeln. Wir setzen uns
202 dafür ein, Diskriminierung aufgrund des Gewichts in den Merkmalskatalog aufzunehmen.
203 Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten „Diversity-Landesprogramm“ wird die
204 Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
205 vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine
206 eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung
207 Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

208 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
209 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
210 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
211 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
212 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
213 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
214 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
215 Betroffene von Antisemitismus, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sinti*ze und
216 Rom*nja ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein
217 umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe,
218 gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und
219 staatlichen Institutionen. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot werden wir im engen
220 Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den
221 Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassizismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa
222 im Zuge des Einsatzes von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen
223 auch den (psycho-)sozialen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch. Hinzu kommen
224 Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der Aktionsplan zur
225 Einbeziehung ausländischer Rom*nja, deren Landesgeschäftsstelle wir im Doppelhaushalt stark
226 verankert haben. Das Islamforum soll durch eine Geschäftsstelle gestärkt werden, um das
227 Potential der muslimischen Gemeinden für Teilhabe und Partizipation zu nutzen.

228 Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen

229 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
230 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.
231 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
232 identifiziert und abgebaut werden. Dazu gehört auch, die Verwaltung mehrsprachig
233 auszurichten. Deshalb wollen wir für Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Kundenkontakt
234 verstärkt Sprachkurse anbieten. Damit das Landesantidiskriminierungsgesetz seine Wirkung

235 zeigen kann, werden wir die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf dieses
236 Gesetz schulen und zu rassismus- und diskriminierungskritischen Kompetenzen fortbilden.
237 Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für
238 Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner
239 Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity-Landesprogramm stetig fortentwickeln und auf
240 eine gesetzliche Grundlage stellen. Wir wollen eine strukturelle und einheitliche
241 Verankerung von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landes und der
242 Bezirke. Dazu gehören unabhängige diskriminierungskritische Untersuchungen der internen
243 Organisationsstrukturen und -abläufe, die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren
244 und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung sowie die Implementierung von
245 Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Wir wollen in den
246 Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.
247 Angelehnt an den sogenannten „Gender-Check“ wollen wir zukünftig einen „Diversitäts-Check“
248 einführen. Im Sinne eines modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats
249 vorab auch auf potentiell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde Wirkungen hin
250 untersucht werden.

251 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
252 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
253 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
254 Zuschreibungen betroffenen Gruppen entsprechend der UN-Antirassismuskonvention (ICERD), in
255 der Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentation von Schwarzen Menschen und People
256 of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen und durch
257 verbindliche Zielvorgaben wie zum Beispiel eine Zielquote im öffentlichen Dienst fördern.
258 Wir begrüßen die in der Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der
259 Migrationsgesellschaft (PartMigG) festgeschriebenen Berichtspflichten und regelmäßigen
260 Mitarbeiterbefragungen zu Migrationshintergrund und Diskriminierungserfahrung, die die
261 Personalentwicklungen in den Berliner Verwaltungen nachvollziehbar machen und die Grundlage
262 für die regelmäßigen Zielvereinbarungen auf allen Hierarchieebenen bilden. Wir stehen zwar
263 der Kategorie „Migrationshintergrund“ (rassismus-)kritisch gegenüber, aber sind auf deren
264 Verwendung derzeit leider wegen der Vergleichbarkeit mit der aktuellen statistischen
265 Bezugsgröße angewiesen; dieser Begriff ist derzeit die einzige vom Mikrozensus statistisch
266 erhobene Größe. Perspektivisch wollen wir, dass Gleichstellungsdaten von Menschen mit
267 Rassismuserfahrung erfasst werden. Wir setzen uns dafür ein, das Personalvertretungsgesetz
268 dahingehend zu novellieren, dass es analog zur Frauenvertretung ebenso eine Vertretung von
269 und für BPoC bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst gibt, um die
270 Fördermaßnahmen und die Durchsetzung der verbindlichen Zielvereinbarungen zu überwachen. Wir
271 fordern die ersatzlose Streichung des Begriffs „Integration“ aus dem neuen Gesetz zur
272 Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft, der Menschen mit
273 Rassismuserfahrung demütigt und nichts als eine leere Worthülse ist. Dabei machen wir uns
274 eine intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von
275 Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch
276 Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-
277 Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen
278 dies absolut notwendig ist. Wir stärken die Rechte von trans, inter und nichtbinären
279 Menschen, indem wir in allen Behörden, Einrichtungen und Beteiligungen des Landes Berlin
280 dafür sorgen, dass Geschlechts- und/oder Namenseintrag sowie Anrede selbstbestimmt und
281 unbürokratisch wählbar sind und entsprechend in internen wie externen Dokumenten angepasst
282 werden. Die Beratung hierzu wollen wir ausweiten.

283 Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen

284 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
285 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie,
286 Vielfalt, Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
287 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen. Berlin
288 wird sich weiterhin an der Umsetzung der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“
289 beteiligen. In enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft sollen Maßnahmen gegen anti-
290 Schwarzen Rassismus umgesetzt werden, die im Kontext des Konsultationsprozesses erarbeitet
291 worden sind. Wir haben die Finanzierung eines Schwarzen Community-Zentrums erreicht.

292 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
293 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
294 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode
295 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
296 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
297 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
298 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,
299 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im „Diversity-
300 Landesprogramm“ zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
301 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden und anderen Bereichen der Gesellschaft wie den
302 Bildungseinrichtungen des Landes identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
303 Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und andere Formen der
304 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht
305 bleiben: Die Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche
306 Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung,
307 interne und externe Regeln und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den
308 Sicherheitsbehörden und in der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse
309 weiterentwickeln, das gilt besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und
310 Jurist*innen. Es ist elementar für Prävention von und Schutz vor Diskriminierungen,
311 diskriminierungskritische Diversity-Seminare in diesen Ausbildungen fest zu verankern. Uns
312 ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial
313 Profiling betroffen sind – unter anderem Schwarzen Menschen, als türkei- und arabischstämmig
314 wahrgenommenen Menschen, Sinti*ze und Rom*nja –, bei der Entwicklung und Umsetzung von
315 Maßnahmen einzubeziehen und die Expertise aus den Communitys angemessen zu vergüten. Wir
316 begrüßen die Einrichtung eines Beirats für Rom*nja und Sinti*ze im Rahmen der Novelle des
317 Partizipations- und Integrationsgesetzes und wollen dessen Arbeit konstruktiv begleiten.

318 Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen

319 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
320 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
321 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken und die Einbürgerungsquote erhöhen.
322 Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung
323 gestalten. Die Möglichkeiten der Einbürgerung wollen wir aktiv und zielgruppengerecht
324 bewerben, etwa durch eine Neuauflage der Berliner Einbürgerungskampagne. Für Menschen, die
325 seit Jahren hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein
326 Ausschlusskriterium sein. Wir werden uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden bei der
327 Antragstellung abzubauen. Mit einer besseren technischen und bei Bedarf auch personellen
328 Ausstattung der Standesämter wollen wir darauf hinwirken, dass die derzeit teils langen
329 Bearbeitungszeiten signifikant verkürzt werden. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch
330 wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das
331 kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet werden, die ihren
332 Lebensmittelpunkt in Berlin haben, und dass Einbürgerungen erleichtert werden: Wer in
333 Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche*r Staatsbürger*in zu

334 werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.
335 Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

336 Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken

337 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
338 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
339 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
340 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
341 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
342 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
343 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
344 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
345 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
346 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
347 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
348 Beispielsweise können Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Gemeinderäumen von Kirchen, Moscheen,
349 alevitischen Cem-Häusern, Synagogen und anderer Religionsgemeinschaften, die ihre
350 Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez öffnen, gefördert werden.

351 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
352 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
353 sehen. So wollen wir die rechtlichen und tatsächlichen historischen Vermögensverschiebungen
354 untersuchen, auf deren Grundlage heute Staatsleistungen im Land Berlin gewährt werden.
355 Darauf aufbauend wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der
356 bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die
357 Ablösung der historischen Staatsleistungen treten. Für uns ist klar: Religion und
358 Religionsgemeinschaften sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne
359 Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen und unsere Verfassung nicht
360 vollumfänglich anerkennen. Damit ein bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte
361 – beispielsweise in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Akzeptanz verschiedener
362 sexueller Orientierungen – nicht relativiert werden. Dies ist Voraussetzung für eine
363 Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und
364 für deren öffentliche Unterstützung. Wir wollen in Kooperation mit den Berliner karitativen
365 und sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft sowie den Gewerkschaften und
366 Arbeitnehmervertretungen zu Vereinbarungen gelangen, in denen diese Betriebe auf die
367 Anwendung des kirchlichen Arbeitsrechts verzichten. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen
368 der Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere
369 den beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten
370 zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der
371 kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht werden. Wir wollen das
372 Kirchenaustrittsgesetz Berlin dahingehend ändern, dass für die austretenden
373 Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an, dass künftig Kirchenaustritte auch
374 im Online-Verfahren möglich sind. Wir wollen erreichen, dass ab der kommenden
375 Legislaturperiode die Zusammensetzung der Mitglieder im ZDF-Fernsehrat und im RBB-
376 Rundfunkrat die Vielfalt in der Gesellschaft besser abbildet und für die konfessions- bzw.
377 religionsfreien Menschen jeweils ein Sitz eingerichtet wird.

378 4.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die Hälfte der Macht den Frauen

379 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
380 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-

381 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten
382 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
383 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
384 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
385 verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queer-
386 feministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für
387 alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzen uns auch
388 dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien,
389 Verwaltung, Start-up-Szene und landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben
390 und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist. Dafür
391 wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz mit verbindlichen Zielgrößen und
392 Sanktionsmöglichkeiten weiterentwickeln.

393 Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen

394 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
395 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
396 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
397 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
398 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
399 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
400 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

401 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin

402 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
403 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Nach vielen Jahren des Stillstands im Bereich Gender-
404 Budgeting, also der geschlechtergerechten Haushaltsführung, ist es durch eine grüne
405 Initiative im Abgeordnetenhaus gelungen, die Grundlagen des Gender-Budgetings in Berlin zu
406 novellieren und neu auszurichten. Eine deutliche Ausweitung der qualitativen und
407 quantitativen Gender-Budgeting-Daten ermöglicht nun wirkungsvolle Zielvorgaben und
408 Steuerungsmaßnahmen. Wir wollen mit dem nächsten Haushaltsplan ein Gender-Budgeting-
409 Controlling einziehen, das für alle Geschlechter gilt! Um die Umsetzung weiter
410 voranzutreiben, werden wir uns zudem für ein Gender-Budgeting-Referat in der
411 Finanzverwaltung einsetzen und einen Beirat einrichten, der externe Expertise aus
412 Zivilgesellschaft und Wissenschaft bündelt. Außerdem wollen wir flächendeckende Schulungen
413 zur Anwendung und Implementierung der neuen Gender-Budgeting-Ziele innerhalb der Verwaltung
414 einführen. Wir werden zudem prüfen, wie auch weitere Diversitätskriterien in Gender-
415 Budgeting integriert werden können. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und
416 dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu
417 stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun
418 mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
419 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken,
420 das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder
421 Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung
422 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine
423 emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen
424 entsprechend schulen.

425 Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben

426 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
427 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, trans, inter, Schwarze Frauen

428 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
429 Folgen für deren Gesundheit hat.

430 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
431 dass wir das achte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
432 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein neuntes Frauenhaus. Das Personal in
433 Frauenhäusern soll diskriminierungssensibel geschult sein, um so mehr Schutzräume für
434 besonders von Diskriminierung betroffene Gruppen zu schaffen. Auch die Beratung von
435 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
436 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
437 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
438 (mehrfach) marginalisierte Frauen sowie nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
439 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

440 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
441 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
442 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
443 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
444 Expertengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für das
445 Thema sensibilisiert.

446 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
447 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot durch den Einbezug der relevanten
448 Communitys weiter ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention
449 stärken. Hilfestrukturen für Frauen müssen dort gefestigt werden, wo der Bedarf besteht.
450 Soziale Träger dürfen nicht zu Opfern der Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt werden.
451 Deshalb werden wir die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für
452 diese Träger als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern.

453 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans, inter und nichtbinäre Personen nicht
454 mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die
455 Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Der erste Schritt ist, Gewalt gegen
456 Frauen als solche zu benennen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die
457 Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer
458 regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie auch in der Istanbul-Konvention festgelegt,
459 wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und
460 mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige
461 Maßnahmen gegen misogynen Gewalt entwickeln. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite
462 von niedrigschwelligen mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten,
463 Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensicherung
464 und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken
465 etablieren. In den letzten Jahren haben wir die Bekämpfung organisierter Kriminalität im
466 Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies
467 fortsetzen. Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir
468 weiter ausbauen. Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von
469 Menschenhandel zwingend nötig. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen
470 wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

471 Selbstbestimmte Sexarbeit stärken

472 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
473 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
474 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
475 und -versorgung nachbessern, dabei müssen auch die Rechte und Bedürfnisse von trans, inter

476 und nichtbinären Sexarbeiter*innen berücksichtigt werden. Wir setzen uns für einen
477 erleichterten Leistungsbezug bei den Jobcentern und Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie
478 für die Abschaffung des stigmatisierenden „Prostituiertenschutzgesetzes“ ein. Essentiell
479 ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von Sexarbeiter*innen einbezogen werden.
480 Wohnungslose Sexarbeiter*innen benötigen zudem Zugang zu sicheren Unterkünften. Mit Blick
481 auf Straßenstriche ist es unerlässlich, den Dialog zwischen Sexarbeiter*innen,
482 Beratungsstellen und Anwohnenden zu stärken, um Stigmatisierung und Diskriminierung von
483 Sexarbeiter*innen entgegenzuwirken. Der von uns unter Rot-Rot-Grün einberufene Runde Tisch
484 Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben,
485 evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen, um die Rechte und Arbeitsbedingungen von
486 Sexarbeiter*innen zu verbessern. Wir wollen der Stigmatisierung von Sexarbeit entgegenwirken
487 und gesellschaftliche Vorurteile abbauen. Einsatzkräfte und Beamt*innen im Kontakt mit
488 Sexarbeiter*innen müssen Weiterbildungen zu diskriminierungssensiblen Umgang absolvieren.

489 Gesundheit – endlich geschlechtergerecht

490 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und inter, nichtbinären sowie trans Personen werden wir
491 verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Gynäkolog*innen in allen Bezirken zu sichern und den
492 Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten.
493 Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir
494 in Kreißsäle investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht
495 haben und mit einer digitalen Plattform die Suche nach Hebammen erleichtern.

496 Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
497 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
498 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
499 gezielt sowohl Frauen, trans Männer, inter und nichtbinäre Personen und queere Personen in
500 der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe
501 wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von Frauen,
502 trans Männern, inter und nichtbinären Menschen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen
503 Gesundheit zu sensibilisieren.

504 Auftrag an die Bundesregierung

505 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
506 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
507 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den
508 Gender-Care-Gap und den Gender-Pay-Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
509 des Ehegattensplittings sowie die (steuer-)rechtliche Gleichstellung von heterosexuellen,
510 gleichgeschlechtlichen und Ein-Eltern-Familien kämpfen wir auf Bundesebene.

511 4.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

512 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
513 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
514 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
515 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso
516 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
517 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden. Darum
518 unterstützen wir die vielfältigen queeren Communitys unserer Stadt dabei, sichere und
519 barrierefreie Räume in der ganzen Stadt zu finden, Teilhabehürden und Ausgrenzungen
520 abzubauen und gemeinsam mit anderen Gruppen für eine inklusivere und solidarische
521 Stadtgesellschaft zu streiten.

522 Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern

523 Wir haben die ganze Stadt im Blick. Der Zugang zu queerer Infrastruktur und insbesondere
524 Beratungs- und Empowerment-Angeboten darf nicht davon abhängen, wo LSBTIQ* in Berlin wohnen.
525 Gleiche Chancen, gleicher Zugang zu Unterstützungsangeboten, flächendeckende und
526 barrierefreie queere Infrastruktur muss es für alle überall geben. Wir haben in den letzten
527 Jahren dafür gesorgt, dass Angebote dazugekommen sind, seien es das erste queere
528 Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle
529 queere Bildung oder seit 2018 der „Berliner Preis für Lesbische* Sichtbarkeit“ zur Würdigung
530 des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir
531 brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere Menschen,
532 insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Dazu
533 gehören auch spezifische Betreuungsangebote und Safe Spaces für besonders marginalisierte
534 Gruppen wie trans, inter und nichtbinäre Personen. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von
535 LSBTIQ* in allen bestehenden und neuen Einrichtungen berücksichtigt und ernst genommen
536 werden. Egal ob Familienzentrum, Seniorenheim oder Jugendclub – in all diesen Einrichtungen
537 muss es Angebote für LSBTIQ* geben. Queere Infrastruktur, darunter auch Safe Spaces wie Bars
538 und Clubs, vor Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die großen queeren
539 Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum, die jedes Jahr viele Gäste aus der ganzen Welt
540 nach Berlin locken, wollen wir nach den harten Einschnitten der Pandemie gezielt und
541 dauerhaft unterstützen.

542 Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

543 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
544 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
545 diskriminiert und tätlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
546 Wir werden die Präventions- und Antigewaltarbeit für LSBTIQ* weiter ausbauen und eigenes
547 Beratungsangebot für trans, inter und nichtbinäre Betroffene von Queerfeindlichkeit
548 einrichten. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in
549 akuten Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der
550 bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur
551 „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

552 Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung dieses ressortübergreifenden
553 Maßnahmenplans, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans- und inter-
554 Communitys erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für
555 LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu
556 Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine
557 wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn Zugang zu
558 Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir haben
559 verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die
560 als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas
561 und Schulen müssen Geschlechterstereotype hinterfragt und geschlechtliche und sexuelle
562 Vielfalt stärker anerkannt werden. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
563 die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung, die Ansprechpersonen für LSBTIQ* an
564 allen Berliner Schulen und die Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte.

565 Lesbische Sichtbarkeit stärken

566 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
567 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Das gilt auch für die Zukunft.
568 Die neu gestarteten Projekte wollen wir fortsetzen, den Preis für Lesbische Sichtbarkeit
569 auch in den kommenden Jahren verleihen, die Antigewaltarbeit ausbauen und neue
570 Handlungsfelder erschließen, bei denen die besonderen Bedarfe von Lesben bislang zu wenig

571 Berücksichtigung finden, etwa bei der gesundheitlichen Versorgung. Die Verwirklichung des
572 ersten inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen. Zudem werden
573 wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben.
574 Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn
575 sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen
576 dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

577 Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin

578 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
579 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
580 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans, inter und nichtbinäre Menschen ihren
581 Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können. Momentan
582 gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen. Solange
583 sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in denen
584 das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir die
585 selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen. Wir
586 setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
587 allen öffentlichen Einrichtungen und in der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird,
588 inklusive der Anpassung aller Formulare. Bestehende Hürden bei einer Änderung des
589 Geschlechtseintrags wollen wir weiter abbauen.

590 Queere Rechte in Europa und weltweit

591 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
592 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
593 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
594 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die
595 sogenannten „LSBT*-freien Zonen“ in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen
596 und müssen aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in
597 über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

598 4.4 Freiheit schützen und bewahren

599 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
600 Biografien, Identitäten, Zielen und Träumen. Alle Berliner*innen haben gemeinsam, dass sie
601 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
602 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
603 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
604 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
605 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
606 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
607 des Rechtsstaates aufgegeben.

608 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
609 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
610 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
611 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den
612 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
613 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
614 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
615 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
616 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
617 Beamt*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz

618 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
619 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
620 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
621 weiter.

622 Prävention ist der beste Weg

623 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
624 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Dauerhaft abgesicherte und
625 aufsuchende Aufklärungs- und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und
626 klar strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder
627 Sozialämtern. Ordnungs-, Jugend- und Sozialämter müssen angemessen ausgestattet werden,
628 damit sie ihre Aufgaben zuverlässig und flächendeckend wahrnehmen können. Prävention
629 bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen
630 werden. Uns geht es darum, sichere öffentliche Räume zu schaffen, gesellschaftliche
631 Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen und möglichen Täter*innen Alternativen zu
632 bieten, um so Kriminalität vorzubeugen.

633 Polizei vor Ort stärken

634 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
635 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
636 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
637 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
638 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
639 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
640 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
641 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

642 Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt

643 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
644 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
645 wir die Polizei jünger, weiblicher, diverser sowie diskriminierungskritischer machen. Wir
646 werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für
647 sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der
648 Aus- und Fortbildung ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung,
649 rassistische Tendenzen oder Rechtsextremismus in der Polizei werden wir untersuchen und mit
650 allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin keinen Platz.

651 Handeln zählt

652 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
653 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
654 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
655 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
656 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der
657 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir Kontrollen, bei denen nicht im Einzelfall eine
658 konkrete Gefahr vorliegt, ebenso ab wie Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder
659 persönlicher Eigenschaften. Wir werden daher solche verdachtslosen Kontrollen abschaffen und
660 kritisch prüfen, ob diskriminierende Fahndungsmethoden in der Berliner Polizei vorhanden
661 sind. Auch ohne verdachtslose Kontrollen verfügt die Polizei über genügend Maßnahmen, um den
662 Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

663 Polizeiliches Handeln muss weiterhin transparenter werden. Dazu werden wir weitere
664 Mechanismen in der Berliner Polizei etablieren. Wer beispielsweise Ziel einer polizeilichen
665 Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft bedrängt und unter
666 unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweis- und Aufklärungspflichten
667 einführen, so dass jede*r weiß, warum er kontrolliert wurde und welche
668 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Dies betrifft auch die polizeiliche Datenverarbeitung.
669 Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist*innen schafft Vertrauen und
670 stärkt die Arbeit der gesamten Polizei. Auch können so Abläufe in der Polizei optimiert
671 werden. Um strukturellen Problemen begegnen und Veränderung gezielt ermöglichen zu können,
672 wollen wir eine unabhängig konzipierte und durchgeführte Studie zu strukturellem Rassismus,
673 rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellung und Racial Profiling in
674 den Berliner Sicherheitsbehörden, angelehnt an den Berlin Monitor. Überdies möchten wir,
675 dass als vertrauensbildende und präventive Maßnahme „Community Policing“-Konzepte entwickelt
676 und umgesetzt werden, die einen diskriminierungskritischen Austausch zwischen der Polizei
677 und potentiell von Racial Profiling betroffenen Communitys fördern.

678 Zu den Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln haben wir einen
679 parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt und werden die Vorkommnisse dort auf
680 Genaueste untersuchen.

681 Sicherheitsbehörden stärken

682 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
683 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch
684 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
685 werden wir familienfreundlicher machen, zum Beispiel durch die Ermöglichung von Homeoffice,
686 die Gesundheit der Beamt*innen besser und nachhaltiger schützen, Millionen von Überstunden
687 abbauen und die Ausstattung verbessern. Polizist*innen und Feuerwehrleute, die im Dienst
688 angegriffen werden, werden wir unsere Unterstützung geben. Nach solchen Übergriffen braucht
689 es verbindliche, destigmatisierende Hilfsangebote, die bei Bedarf in Anspruch genommen
690 werden können. Dazu gehört auch, dass wir unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an
691 Silvester aufgrund der Auswirkungen auf Mensch und Tier verbieten. Wir wollen daher die
692 Einrichtung von mehr öffentlichen professionellen Feuerwerken in der Silvesternacht sowie
693 die Ausweitung böllerfreier Zonen.

694 Flexible Hilfsangebote für komplexe Lagen

695 Wir brauchen multiprofessionelle Kriseninterventionsteams, die nach einem Notruf statt oder
696 ergänzend zur Polizei losgeschickt werden können. Die Polizei ist oft nicht die richtige
697 Antwort auf soziale Probleme in unserer Stadt. Wer sich in einer akuten psychischen Krise
698 befindet, marginalisiert ist, durch Obdachlosigkeit in eine Notlage gerät oder Opfer
699 häuslicher Gewalt wurde, sollte keine Angst haben müssen, den Notruf zu wählen. Komplexe
700 Lagen erfordern flexible Antwortmöglichkeiten, die zur tatsächlichen Hilfe bei Betroffenen
701 beitragen können. Angebote wie Storchenmobile wollen wir stärken, auch um den Rettungsdienst
702 zu entlasten.

703 Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat

704 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
705 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer schwammigerer rechtlicher Grundlage zu
706 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Auch Geflüchtete und Migrant*innen besitzen ein
707 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Gesetzesinitiativen zur polizeilichen und
708 sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der EU wollen wir als Land Berlin kritisch und
709 unter Ausnutzung der uns zur Verfügung stehenden Mitwirkungsrechte begleiten. Sicherheit

710 entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und
711 Privatsphäre aller. Wir wollen die Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen auf
712 das unbedingt erforderliche Maß begrenzen, einen Missbrauch durch technische und
713 organisatorische Vorkehrungen verhindern und bestehende Befugnisse in diesem Sinne
714 überprüfen. Den Einsatz biometrischer Überwachungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen
715 und in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs lehnen wir ab. Wir lehnen Eingriffe in die
716 intimste Privatsphäre ab und sprechen uns daher gegen den Einsatz von Staatstrojanern und
717 Online-Durchsuchungen zur Gefahrenabwehr aus. Die Sicherheitsbehörden brauchen effektive und
718 wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber diese müssen klar definiert,
719 rechtsstaatlich eingegrenzt und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden sein. Weitreichende
720 Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit, sondern zerstören das
721 essentielle Vertrauen in staatliche Institutionen. Zu viele, unsystematisch erhobene Daten
722 können dazu führen, dass aufgrund der schieren Menge wichtige Anhaltspunkte übersehen
723 werden, wodurch die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr erschwert werden kann.

724 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
725 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen, Strukturen und
726 Bestrebungen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und eine umfangreiche
727 parlamentarische Kontrolle, die wir auch zukünftig weiter stärken wollen. Der Berliner
728 Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren wichtigen Herausforderungen stellen, hat
729 aber dabei bewiesen, dass er in seiner jetzigen Systematik nicht dafür aufgestellt ist, den
730 Herausforderungen einer wachsenden abstrakten und konkreten Bedrohung durch diverse
731 demokratiegefährdende Bestrebungen zu begegnen. Durch den islamistischen Terroranschlag auf
732 dem Breitscheidplatz, im Kontext der rechtsextremen Anschlagsserie in Neukölln oder durch
733 die illegale Datenweitergabe aus dem Verfassungsschutz hat der Berliner Verfassungsschutz
734 weiter an Vertrauen verloren und ist seiner Aufgabenerfüllung nicht gerecht geworden. Er hat
735 sich in Bund und Ländern nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems erwiesen.
736 Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu schaffen, wollen wir den
737 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form mittelfristig abschaffen. Hierfür erstellen wir in
738 der kommenden Legislaturperiode im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation einen
739 konkreten Fahrplan zur Erneuerung der Berliner und der bundesweiten Sicherheitsarchitektur.
740 Zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form lehnen
741 wir ab. Das System der V-Leute muss abgeschafft werden.

742 4.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat

743 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
744 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
745 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
746 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
747 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen
748 Justizvollzugsanstalten die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach jahrzehntelangem
749 Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit dessen Umsetzung begonnen: Mit dem
750 Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein
751 zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit
752 einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir insbesondere begonnen die
753 Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundzusanieren. Wir sind dabei, Richter*innen
754 mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche
755 Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel geschafft, um die
756 Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

757 Organisierte Kriminalität bekämpfen

758 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
759 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
760 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
761 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
762 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
763 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen
764 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
765 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Ein Immobilienregister,
766 das die wirtschaftlich Berechtigten offenlegt und die Verschleierung von Besitzverhältnissen
767 über Briefkastenfirmen beendet, kann das hohe Risiko der Geldwäsche in diesem Bereich
768 absenken. Generell sollen Immobilienkäufe nur noch unbar abgewickelt werden dürfen. Auch die
769 Bauaufsichten sollen bei unklaren Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung
770 einer Baugenehmigung Auskunft über die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen.
771 Den eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen
772 wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit
773 wollen wir weiter stärken.

774 Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen

775 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
776 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
777 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum
778 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
779 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
780 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
781 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
782 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
783 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
784 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
785 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
786 vorantreiben.

787 Opfer stärken

788 Opfer von Straftaten stärker in den Blick nehmen ist uns in der Rechts- und
789 Sicherheitspolitik ein großes Anliegen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem
790 Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen
791 und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen
792 und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die
793 psychosoziale Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit
794 traumatische Folgen möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft
795 eine wichtigere Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet
796 entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität
797 gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten.
798 Sie soll psychologische Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer
799 Anzeige bieten.

800 Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen

801 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
802 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am
803 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
804 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
805 spezifischer Fachfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie

806 eingesetzt werden können. Vorerfahrungszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
807 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
808 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. In der Justiz und auch in anderen Bereichen brauchen
809 wir Jurist*innen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse und ihre Rolle darin bewusst
810 wahrnehmen, Empathie gegenüber Rechtssuchenden aufbringen und die Vielfalt der Gesellschaft
811 widerspiegeln. Deshalb wollen wir in der juristischen Ausbildung die Grundlagenfächer
812 stärken, kritische Rechtswissenschaft fördern und Diversity-Kompetenz als juristische
813 Kernkompetenz anerkennen. Wir wollen die Prüfungsbedingungen der Staatsexamina verbessern
814 und lehnen eine Schwächung des universitären Schwerpunkts ab. Das elektronische Examen
815 werden wir einführen und haben dazu mit einer Testphase begonnen, die Möglichkeit eines
816 Teilzeit-Referendariats wollen wir einführen. Auch die Förderung von Frauen werden wir
817 weiter stärken: mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch
818 besetzten Gremien und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

819 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
820 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
821 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
822 Beförderungen ändern. Insbesondere sind BPoC unterrepräsentiert. Es ist daher notwendig,
823 diese Gruppen vermehrt für das Jura-Studium zu gewinnen und auf ihrer weiteren Laufbahn zu
824 fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsbildung sowie Fortbildungen zu
825 Rassismus, Sexismus und Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit fester Bestandteil des Jura-
826 Studiums, des Referendariats und der verbindlichen Qualifizierungsmaßnahmen für
827 Rechtsanwält*innen, Staatsanwaltschaft und Richter*innen werden, mit dem Ziel, Jurist*innen
828 dazu zu befähigen, rassistische, trans-/homosexuellenfeindliche und sexistische Straftaten
829 als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten
830 angemessen umzugehen.

831 Rechtsstaat braucht Infrastruktur

832 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
833 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
834 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden
835 wir energetisch sanieren und den bereits begonnenen Bau von Solaranlagen und
836 Blockheizkraftwerk forcieren.

837 Digitalisierung voranbringen

838 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
839 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
840 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
841 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
842 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
843 der Prozessgrundsätze.

844 Rechtsstaat für alle

845 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
846 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
847 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
848 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
849 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
850 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
851 werden wir weiterführen.

852 Gefangene werden Nachbar*innen

853 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
854 „Wegsperrern!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
855 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
856 können und nicht rückfällig werden. Denn die Resozialisierung der Gefangenen ist ein guter
857 und nachhaltiger Schutz der Gesellschaft vor Straftaten. Der Strafvollzug ist außerdem der
858 eingriffsintensivste Bereich des Staates, weshalb wir den Grundrechtsschutz für Gefangene
859 und ihre Familien weiter verbessern werden.

860 Der offene Vollzug ist am besten geeignet, um die Gefangenen zu resozialisieren und die
861 schädlichen Folgen der Haft zu minimieren. Gerade im Jugendstrafvollzug wollen wir den
862 offenen Vollzug daher weiter stärken und daneben weitere freie Formen des Vollzugs erproben.
863 Den Anteil der vorzeitigen Entlassungen in Berlin wollen wir mindestens auf den
864 Bundesdurchschnitt erhöhen. Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen
865 gemeinnützige Arbeit verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir
866 finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen
867 Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern. Die besondere Situation von
868 LSBTIQ* und für Menschen mit HIV im Strafvollzug werden wir weiterhin besonders
869 berücksichtigen und treten für einen diskriminierungsfreien Umgang ein.

870 Strafgefangene brauchen mehr und zeitgemäße Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere
871 Betreuung vor und nach der Entlassung, besonders substituierte Gefangene. Wir haben daher
872 das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In
873 den kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu
874 Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale
875 Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so
876 funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite Chance“ auch eine echte Chance.
877 Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir werden
878 daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und ihn flexibler
879 gestalten, vor allem durch eine neue Laufbahn im gehobenen Dienst.

880 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
881 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
882 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
883 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
884 wir fortsetzen.

885 Strafrecht als „Ultima Ratio“

886 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
887 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
888 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
889 Besitz von Drogen wollen wir entkriminalisieren. Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich
890 aus dem Strafgesetzbuch verbannen. Entkriminalisierung muss überwiegend auf Bundesebene
891 geregelt und umgesetzt werden. Unseren Handlungsspielraum auf Landesebene werden wir unter
892 anderem nutzen, um die geringe, nicht verfolgbare Menge von Drogen heraufzusetzen.

893 4.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation, Vielfalt und Transparenz stärken

894 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
895 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
896 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
897 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

898 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
899 Misstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und

900 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
901 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
902 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
903 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
904 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
905 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
906 die Berliner*innen möglich.

907 Demokratie heißt Vielfalt

908 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
909 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
910 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
911 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten
912 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
913 infrage stellen.

914 Friedliches und freiheitliches Demonstrationsrecht

915 Berlin ist mit über 5.000 politischen Versammlungen jährlich die Hauptstadt der
916 Demonstrationen. Wir haben das Versammlungsgesetz an die Realität der Tausenden
917 weitestgehend friedlichen Demonstrationen angepasst und damit Versammlungsfreiheit und
918 Deeskalation gestärkt. Die Bewertung der Gefahrenprognose unterschiedlicher Demonstrationen
919 ist in der Vergangenheit jedoch nicht immer gelungen. Hier wollen wir in Zukunft anhand
920 objektiv nachvollziehbarer Kriterien eine bessere Abwägung gewährleisten. Um Spannungen und
921 damit Konfliktpotential zu minimieren, setzen wir uns für eine einheitliche, deeskalative
922 Berliner Strategie für die Versammlungsfreiheit ein. Unser Anspruch bleibt es, das
923 progressivste Versammlungsrecht der Bundesrepublik zu verwirklichen.

924 Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen

925 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
926 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
927 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
928 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese
929 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
930 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
931 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
932 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

933 Bürger*innenräte in Berlin einführen

934 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir mit einem Gesetz
935 zur Durchführung von Bürger*innenräten diese auf Bezirks- und Landesebene etablieren. Diese
936 sollen zu bestimmten Themen mit einem spezifischen Auftrag und den notwendigen Ressourcen
937 temporär gebildet werden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die
938 Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch
939 das Zufallsprinzip gelost – aus allen betroffenen Einwohner*innen ungeachtet ihrer
940 Staatsangehörigkeit –, um die gesamte Breite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu
941 können. Die Losverfahren sind so aufzusetzen, dass immer benachteiligte und/oder sogenannte
942 „stille“ gesellschaftliche Gruppen in den Bürger*innenräten vertreten sind und mitarbeiten
943 können. Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können damit Lösungen für konkrete
944 Probleme für Berlin oder ganz konkret im Kiez erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die
945 demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer

946 Entscheidungen erhöhen. Dies digital wie analog zu fördern, darf weder nur privilegierten
947 sozialen Schichten zugutekommen noch nur für sie attraktiv zu nutzen sein.

948 Stadtvertrag für Beteiligung

949 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
950 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
951 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
952 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
953 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte
954 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere
955 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
956 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
957 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
958 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Wir wollen die Infrastruktur digitaler
959 Beteiligung, wie sie derzeit etwa mit „meinBerlin“ besteht, ausweiten und damit das Prinzip
960 offener Daten flankieren. Sie soll die Möglichkeiten voranbringen, unter
961 datenschutzfreundlichen Bedingungen eine Informations-, Diskussions- und
962 Beteiligungsgrundlage für Bürger*innen zu schaffen.

963 Demokratische Initiativen stärken

964 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
965 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
966 Rassismus und Antisemitismus“, der „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV)
967 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen das
968 Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen – gerade im Bereich der
969 Antidiskriminierungsarbeit, Demokratieförderung und des Empowerments – absichern und stärken
970 – und zwar verlässlich, langfristig und mit weniger bürokratischem Aufwand. Deshalb wollen
971 wir ein Demokratiefördergesetz für Berlin und eine Overhead- bzw. Gemeinkostenpauschale für
972 alle Zuwendungsprojekte einführen. Die Tarifangleichungen für das Personal von NGOs und
973 freien Trägern werden wir fortsetzen und die Eingruppierung von Projektstellen
974 systematisieren und erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass das
975 politische Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt wird. Zivilgesellschaftliches
976 Engagement braucht Räume, um sich entfalten zu können und für alle leicht erreichbar zu
977 sein. Angesichts weiterhin steigender Konkurrenz um bezahlbaren Raum in der Stadt wollen wir
978 zivilgesellschaftliche Räume vor Verdrängung schützen. Auch gewerbliche Räume wie Bars oder
979 Clubs können wichtige Freiräume für demokratisches Engagement darstellen. Um sie zu
980 schützen, wollen wir die Einführung eines Gewerbemietendeckels prüfen.

981 Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten

982 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
983 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
984 Probleme anzugehen. Er legt rechtsextremistische, antisemitische, rassistische oder andere
985 menschenverachtende Haltungen offen und erfasst die Erfahrungen von diskriminierten
986 Berliner*innen. Damit ist er eine wichtige Grundlage für ganz gezielte Maßnahmen. Um das
987 demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung unerlässlich.
988 Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken, sie insbesondere für junge
989 Menschen zugänglicher machen und ihre Arbeit an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen
990 ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Das
991 ehemalige Stasigelände in Lichtenberg soll zu einem „Campus der Demokratie“ und das
992 ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße zu einer Gedenkstätte entwickelt werden. Die

993 Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener
994 Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

995 Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken

996 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres
997 Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Die Betroffenen fühlen sich
998 oft isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen
999 können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso
1000 werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen
1001 einführen, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken.

1002 Hass und politische Gewalt bekämpfen – gegen jeden Antisemitismus

1003 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
1004 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
1005 wollen damit insbesondere Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten und der Bedrohung
1006 jüdischen Lebens durch den wachsenden Antisemitismus entgegentreten. Daher haben wir auch
1007 eine Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft berufen, einen
1008 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus benannt und eine senatsübergreifende
1009 Landeskonzeption zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorgelegt. Diesen
1010 klaren Kurs werden wir auch künftig fortsetzen und entschieden gegen jeden Antisemitismus
1011 vorgehen!

1012 4.7 Berlin – Stadt der Kultur und der Künste

1013 Die Kunst- und Kulturmetropole Berlin ist auch wegen der Inflation und den explodierenden
1014 Energiepreisen unter Druck. Kaum eine andere Stadt hat ein so reichhaltiges Angebot an
1015 Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und
1016 Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch
1017 der übergroße Teil von ihnen gehört immer noch zu den Geringverdienenden in unserer
1018 Gesellschaft. Bodenspekulation, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten haben soziale
1019 Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit sich gebracht. Darüber hinaus haben
1020 durch den Lockdown in der Corona-Pandemie zahllose freischaffende Künstler*innen und private
1021 Kulturorte von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren.

1022 Wir geben Berlins einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und
1023 Ausbau: Wir haben mit Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung
1024 von Künstler*innen gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte
1025 Immobilienankäufe neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den
1026 Bezirken ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-
1027 Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von
1028 mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins
1029 weiter vorantreiben.

1030 Kultur und die Künste brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend

1031 Berlins vielfältiges Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und
1032 internationalen Ausstrahlung der Stadt. Deshalb wollen wir zur Sicherung der kulturellen
1033 Infrastruktur bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
1034 Stadtentwicklungspolitik kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund
1035 stellen. So wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem Schwerpunkt
1036 Musik gesichert haben und unter Beteiligung der Akteur*innen und mit hoher Transparenz
1037 weiterentwickeln, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als künstlerische
1038 Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Der Verdrängung und Mietenexplosion wollen

1039 wir Schutzmaßnahmen entgegenstellen. Wir werden weiterhin private Immobilien für diesen
1040 Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene
1041 und den Spartenverbänden kontinuierlich weiterentwickeln. Bei Planung und Bau neuer
1042 Stadtquartiere müssen künstlerische Nutzungen und die Schaffung kultureller Orte von
1043 vornherein mit einem möglichst hohen Raumanteil berücksichtigt werden. Und statt Leerstand
1044 sollen Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle Nutzungen zur Verfügung stehen.
1045 Außerdem wollen wir sonstige öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer
1046 Kulturnutzung öffnen: Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner
1047 Verwaltung können geeignet sein, außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und
1048 Aufführungsorte zu fungieren – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich
1049 neue Räume für die bezirkliche Musikschule, Ateliers, Proberäume, Orte der Erinnerungskultur
1050 oder die Jugendkunstschule entstehen.

1051 Förderung der Freien Szene neu justieren

1052 Berlins Freie Szene war schon immer ein Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks- und
1053 Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
1054 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
1055 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und
1056 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalität dieser Szene allerdings
1057 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
1058 zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbände und Kulturorte einer vorbehaltlosen und
1059 kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Zudem wollen wir gegen die
1060 bisherige Unwucht in der Kulturförderung zu Lasten der Freien Szene angehen und deren
1061 Finanzierung verbessern. Dabei wollen wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit
1062 dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der
1063 Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen
1064 der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und die Strukturen der freien
1065 Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen. Ein Berliner
1066 Kulturfördergesetz kann die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzlich verankern, den
1067 gesellschaftlichen Stellenwert von Kultur und den Künsten in unserer Stadt stärken und die
1068 bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln. Wesentliche Kriterien hierbei sind
1069 ökologische sowie soziale Nachhaltigkeit und Diversität.

1070 Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik

1071 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
1072 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
1073 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
1074 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
1075 die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
1076 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
1077 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
1078 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
1079 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir
1080 einen Anfang gemacht. Wir wollen Diversität in der institutionellen und Projektförderung zu
1081 einem wesentlichen Kriterium machen, und das sowohl mit Blick auf die öffentlichen
1082 Kultureinrichtungen und sonstige Geförderte als auch auf die kulturellen Angebote selbst.
1083 Auch die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunst- und
1084 Kulturszene muss verbessert werden. Queere künstlerische Positionen sind besonders zu
1085 fördern, bestehende Hürden für queere Künstler*innen abzubauen und queere Sichtweisen auch
1086 in Jurys und Auswahlgremien zu stärken. Weil diskriminierungssensible
1087 Personalverantwortliche und Einstellungspraktiken Grundlage für einen vielfältigen

1088 Kulturbetrieb sind, wollen wir, dass Personalverantwortliche in Kultureinrichtungen
1089 entsprechend geschult werden.

1090 Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
1091 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendanten-Kollektive
1092 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
1093 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
1094 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
1095 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern
1096 sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen
1097 Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns
1098 weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kulturbereich ein.

1099 Kulturelle Bildung und Bibliotheken

1100 Damit möglichst viele Berliner*innen einen Zugang zu Kulturangeboten finden, wollen wir die
1101 kulturelle Bildung und Kunstvermittlung stärken. Wir streben eine niedrighschwellige,
1102 inklusive und aufsuchende kulturelle Bildung an, die Kindern und Jugendlichen auch
1103 selbstorganisierte Projekte ermöglicht. Schule und außerschulische Lernorte sollen mehr
1104 zusammenwachsen. Auch Bibliotheken müssen als Dritte Orte offen und barrierearm zugänglich
1105 sein, denn sie sind nicht nur Bücherverleihstellen, sondern wichtige Kiezorte der sozialen
1106 Begegnung, des kulturellen Austauschs und des interaktiven Lernens. Wir brauchen eine
1107 Bibliotheksentwicklungsplanung, die dafür die nötigen finanziellen Mittel einplant.

1108 Die Kreativwirtschaft ist schon vor Langem zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren
1109 dieser Stadt geworden. Wir werden kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen,
1110 Soloselbstständigen und freien Gruppen, gezielt und unmittelbar fördern. Prekäre Arbeits-
1111 und Abhängigkeitsverhältnisse werden wir nicht dulden und ein entsprechendes Paket von
1112 Maßnahmen auf den Weg bringen. Als digitale Ergänzung werden wir eine landeseigene,
1113 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen, in der sich alle Branchen der Berliner
1114 Kreativwirtschaft unter dem Signum „made in berlin“ sammeln.

1115 Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft – auch im Flughafen Tempelhof

1116 Das Gebäude des Flughafens Tempelhof wird zu einem Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft,
1117 in dem Ateliers, Studios, Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Ausbildungs-,
1118 Produktions- und Präsentationsräume für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz
1119 finden. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel werden wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft
1120 schaffen.

1121 Mit dem Campus für Demokratie Zivilgesellschaft und (Erinnerungs-)Kultur stärken

1122 Erinnerungskultur und Stadtentwicklung gehören zusammen. Deshalb setzen wir uns in
1123 Zusammenarbeit mit Bund und Bezirk für die Entwicklung des „Campus für Demokratie“ auf dem
1124 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ein. Das entwickeln wir zu einem
1125 lebendigen Erinnerungsort, der das Stasi-Unterlagen-Archiv mit Räumen für Kunst und
1126 kulturelle Bildung und Projekten der demokratischen Stadtgesellschaft verbindet. So stärken
1127 wir auch nachhaltigen Tourismus im Außenbezirk Lichtenberg und das umliegende Stadtquartier.
1128 Wir wollen, dass das Land Berlin diesen Prozess durch weiteres Engagement und eine aktive
1129 Grundstückspolitik vor Ort in der nächsten Legislatur weiter vorantreibt.

1130 Freiheit der Medien garantieren

1131 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
1132 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die

1133 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
1134 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
1135 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und
1136 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
1137 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
1138 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
1139 im RBB zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
1140 weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
1141 anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe
1142 weiter hoch halten könnte. Die Krise des rbb muss lückenlos aufgearbeitet und Missstände
1143 beseitigt werden. Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung von
1144 illegalen und demokratiefeindlichen Inhalten, dürfen nicht außerhalb der Verantwortung der
1145 Plattformen durch dies begünstigende Algorithmen automatisiert vorangetrieben werden. Wir
1146 werden die Möglichkeiten und Spielräume des Medienrechts nutzen, um die Plattformregulierung
1147 durch die Landesmedienanstalten weiterzuentwickeln.

1148 „Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen

1149 Die Produktion von Filmen für Kinos, Plattformen und Sender stellt einen wichtigen Teil der
1150 Berliner Wertschöpfung dar und zählt mit knapp 200.000 direkt oder indirekt Beschäftigten zu
1151 den größten Branchen Berlins. Um die durch Corona unter Druck geratene Branche zu sichern
1152 und Berlin zu einem noch stärkeren, kreativen, internationalen Spitzenplatz des Films zu
1153 entwickeln, werden wir das Filmfördersystem des Medienboards Berlin Brandenburg (MBB)
1154 optimieren. Wir werden den Zugang zu Filmfördermitteln transparenter und unabhängiger von
1155 eingefahrenen Strukturen und gewachsenen Abhängigkeiten ermöglichen. Dazu werden wir neue
1156 Förderinstrumente umsetzen und Vergaben in qualifizierten Losverfahren, im Patenverfahren
1157 und mit automatischer Referenzförderung einführen. Für Erstlings- und Folgewerke werden wir
1158 einen neuen Fördertopf schaffen, der einen breiteren Zugang und nachhaltigeren Berufsstart
1159 ermöglicht. Das MBB wird zu einer Überprüfung der Einhaltung von Sozial- und
1160 Nachhaltigkeitsstandards geförderter Produktionen verpflichtet, um den untragbaren Zustand
1161 des Unterlaufens von sozialen und tariflichen Mindeststandards zu beenden.

1162 Green Culture – Kultur und Nachhaltigkeit

1163 Wir denken Kultur und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich kann durch die Einsparung
1164 von CO₂-Emissionen einen Beitrag zur klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere
1165 für die Museen sowie den Gastspiel- und Festivalbetrieb, da hier am meisten Treibhausgas-
1166 Emissionen im Kulturbereich anfallen. Wir unterstützen die bereits vorhandenen Bestrebungen
1167 und Umsetzungen bei vielen kulturellen Akteur*innen und Einrichtungen. Gleiches gilt für
1168 Konzepte wie die Einrichtung eines „Green Culture Desk“ und Fonds auf Bundesebene. In der
1169 Kulturförderung müssen die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit und
1170 die Transformation zu einem nachhaltigeren Kulturbetrieb eine stärkere Rolle spielen.

1171 Clubkultur erhalten

1172 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
1173 Nutzungskonflikte mit Anwohnenden zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Lärmschutzfonds für
1174 Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen
1175 wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs
1176 bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln
1177 zu verschaffen, haben wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkannt. Darüber
1178 hinaus setzen wir uns für eine Änderung des Baugesetzbuchs auf Bundesebene ein, damit die
1179 Kommunen Kulturerhaltungsgebiete einführen können, und wollen Clubs auch durch Änderungen im
1180 Gewerbemietrecht besser schützen. Clubs sind auch Kreativlabore der Subkultur. Gerade die

1181 kleinen Clubs dürfen nicht durchs Raster fallen, wir wollen sie retten und mit gezielten
1182 Programmen unterstützen. Uns ist wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der
1183 gesellschaftlichen Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu
1184 stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der Clubkommission gegen
1185 Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen. In den letzten Jahren sind auch
1186 Open-Air-Tanz- und Liveveranstaltungen immer stärker besucht worden. Momentan stehen die
1187 Veranstalter*innen aber oft vor rechtlichen Risiken und Unsicherheiten. Darum wollen wir die
1188 Einführung eines Open-Air-Gesetzes wie in Bremen prüfen. Das gesellschaftliche Engagement
1189 der Clubs tut Berlin gut, weshalb wir sie, zum Beispiel bei ökologischen Maßnahmen,
1190 weiterhin finanziell unterstützen wollen.

1191 Decolonize!

1192 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
1193 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
1194 Dekolonisierung geworden. Doch diese ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
1195 postmigrantisch-diasporischen Communitys und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
1196 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
1197 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir
1198 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
1199 Initiativen wie „Decolonize Berlin e.V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
1200 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
1201 den Kolonialismus und Kolonialverbrechen ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir auf
1202 Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie und für
1203 die Errichtung von dezentralen Lernorten zur Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen
1204 sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten werden, wie es im angelsächsischen
1205 Raum längst der Fall ist. Und wir fordern weiterhin die Errichtung eines Lern- und
1206 Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des
1207 deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort
1208 zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der
1209 Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische und
1210 transparente Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen
1211 und Sammlungsbestände ein. Provenienzforschung ist ein langer und aufwändiger Prozess. Die
1212 bislang zur Verfügung stehenden Personalmittel reichen nicht aus. Deshalb wollen wir in der
1213 kommenden Legislaturperiode die wissenschaftliche Erforschung ausbauen. Koloniale Raubkunst
1214 und menschliche Überreste müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das
1215 proaktiv. Wir wollen außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür
1216 nutzen, eine Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und
1217 die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

1218 4.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im Blick

1219 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
1220 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
1221 mussten, und soll eine gute Heimat für all diejenigen bieten, die in einer weltoffenen,
1222 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
1223 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

1224 Berlin ist sicherer Hafen

1225 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Wir stehen solidarisch an
1226 der Seite aller Geflüchteten. Diese Entwicklung und die anhaltend hohe Zahl an
1227 Schutzsuchenden auch aus anderen Konfliktgebieten bedeuten einen organisatorischen,
1228 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft.

1229 Wir senden das klare Signal: Wir lassen euch nicht allein! Das schließt explizit auch alle
1230 Drittstaatler*innen und Staatenlose aus der Ukraine und aus anderen Regionen ein, die sich
1231 auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung befinden. Wir unterstützen Hilfsangebote für BIPoC
1232 und Angebote für die Minderheit der Roma*nja, die bereits vor dem Krieg stark diskriminiert
1233 und sozial-benachteiligt waren. 40 Prozent der in der Ukraine lebenden Rom*nja sind
1234 staatenlos. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg um kulturelle
1235 Hegemonie. Wir setzen uns dafür ein, ukrainische Kulturangebote zu fördern sowie der
1236 kulturellen und politischen Eigenständigkeit der Ukraine in Berlin einen Ort zu geben.

1237

1238 Um auf steigende Zugangszahlen zügig und flexibel reagieren zu können, muss Berlin
1239 resilientere Strukturen für Ankunft und Unterbringung aufbauen. Auch in der gegenwärtigen
1240 Situation wollen wir weitestgehend Großstrukturen für die Unterbringung von Geflüchteten
1241 vermeiden und plädieren stattdessen für ein dezentrales Konzept von über die Stadt
1242 verteilten kleineren Standorten. So werden wir den Bedarfen der Menschen besser gerecht.

1243

1244 Um dauerhaft resiliente Strukturen zu schaffen, setzen wir uns für die Weiterentwicklung des
1245 Ankunftsentrums „Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik“ zu einem Campus ein, der in
1246 Ausnahmesituationen temporär Kapazitäten für bis zu 2.500 Menschen bereitstellen kann und in
1247 Zeiten geringerer Ankünfte als Ort der Begegnung dient. Bereits jetzt sind viele Initiativen
1248 und Beratungsangebote vor Ort versammelt. Ergänzend fordern wir ein Reaktionskonzept, um in
1249 Notsituationen kurzfristig zusätzliche qualitätsgesicherte Unterbringung verteilt auf die
1250 ganze Stadt gewährleisten zu können. Um die Unterbringungskapazitäten des LAF zu erhöhen,
1251 muss das MUF-2.0-Bauprogramm zügig umgesetzt werden, damit in jedem Bezirk mind. 1.000
1252 zusätzliche Plätze mit Wohnungsstruktur und sozialen Angeboten dauerhaft zur Verfügung
1253 stehen. Für spezifische Zielgruppen und besonders vulnerable Gruppen wie unbegleitete
1254 Minderjährige, BIPoC oder LSBTIQ* richten wir inklusive Wohngruppen bzw. eigene Unterkünfte
1255 ein. Zudem müssen in allen Einrichtungen Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen zur
1256 Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder
1257 Queerfeindlichkeit implementiert werden.

1258

1259 Der Zugang zu Alphabetisierungs- und Sprachkursen, Sprachmittlung und Beratungsangeboten
1260 sowie psychosozialer und medizinischer Versorgung muss für alle Ankommenden ermöglicht
1261 werden. Ob die Versorgung mit Schulplätzen oder Deutschkursen, gerade beim Ankommen sind die
1262 Bezirke entscheidend. Daher sichern wir den Bezirken mehr Planungssicherheit sowie mehr
1263 finanzielle und personelle Unterstützung zu. Wir erhöhen den Integrationsfonds und werden
1264 die Mittel für VHS-Deutschkurse mindestens verdoppeln.

1265

1266 Unser Ziel ist das Leben in Wohnungen. Derzeit leben über 55.000 Menschen in
1267 Gemeinschaftsunterkünften, viele davon bereits seit Jahren. Unterkünfte sollen lediglich dem
1268 Ankommensprozess in den ersten Monaten dienen, bis eine passende Wohnung gefunden ist. Um
1269 der anspruchsvollen Herausforderung gerecht zu werden, muss der Senat das Programm Wohnen
1270 für Geflüchtete deutlich aufstocken und ergänzen, mit landeseigenen
1271 Wohnungsbaugesellschaften und Privaten Kooperationen schließen und den Anteil an WBS-
1272 Wohnungen erhöhen. Angesichts der positiven Erfahrungen mit der Unterbringung durch Private
1273 wollen wir ein Modellprojekt entwickeln, um dieses Potential auch zukünftig ergänzend zu
1274 nutzen und dabei Mindeststandards wie Kinderschutz zu etablieren.

1275

1276 Auch weitere positive Erfahrungen bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine möchten
1277 wir auf alle Geflüchteten ausweiten. So braucht es neben ausreichend Schulplätzen einen
1278 zügigen Übergang geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Regelklassen, Beschäftigungs- und
1279 Qualifizierungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte und Deutsch als Zweitsprache als

1280 ordentliches Unterrichtsfach.

1281

1282 Wir fordern die Aufstockung der Zuwendungen für die Träger, die psychosoziale Beratung,
1283 Versorgung und Vermittlung der Geflüchteten anbieten, sowie die qualifizierte Sprachmittlung
1284 im gesundheitlichen Bereich damit der Zugang zur medizinischen Versorgung gewährleistet
1285 wird. Zudem streben wir in Berlin die Aufhebung der Wohnsitzauflage für anerkannte
1286 Geflüchtete an, um ihre Teilhabemöglichkeiten zu erweitern.

1287 Wir bekennen uns zu den Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und Solidarität, auf
1288 die sich die EU verpflichtet hat. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen
1289 steht diesen Werten entgegen und ist eine Schande für Europa. Mit dem Ziel der Abschreckung
1290 wird Seenotrettung auf dem Mittelmeer systematisch kriminalisiert und verhindert, wodurch
1291 die Flucht aus Bürgerkriegsländern wie Libyen immer schwieriger und gefährlicher wird. Wir
1292 stehen an der Seite der zivilen Seenotrettung und begrüßen die Entscheidung der
1293 Bundesregierung sie zukünftig finanziell zu unterstützen. Die Unterbringung von Geflüchteten
1294 in menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos oder in Lipa an der kroatischen
1295 Grenze, zeigt das Scheitern der bisherigen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir
1296 fordern stattdessen eine solidarische und menschenrechtsbasierte europäische
1297 Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires und individuelles Asylverfahren
1298 zusichert. Hierzu gehört auch, dass wir den gesetzlichen Spielraum ausschöpfen, damit sich
1299 Landesbeamt*innen nicht länger an menschenrechtswidrigen Frontex-Einsätzen beteiligen.

1300 Als Land Berlin nehmen wir frühzeitig und wirksam Einfluss auf die entsprechenden
1301 Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist,
1302 Solidarität zu zeigen und Menschen aufzunehmen. Zusammen mit anderen aufnahmebereiten
1303 Ländern und Kommunen in Deutschland und Europa setzen wir uns dafür ein, dass solidarische
1304 Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wieder gestärkt werden. Gemeinsam
1305 fördern wir die Willkommenskultur und beteiligen uns aktiv in Netzwerken wie Solidarity
1306 Cities und dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“. Bislange sind wir mit unserem
1307 Landesaufnahmeprogramm immer wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese
1308 Ablehnung ist für uns Ansporn. Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für
1309 Geflüchtete aus den griechischen Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür
1310 sogar gegen das Bundesinnenministerium klagt. Wir werden die Klage weiterverfolgen. Auch bei
1311 der künftigen Bundesregierung werden wir uns für die Zustimmung zur Aufnahme einsetzen.
1312 Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige Geflüchtete.

1313 Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern, die Aufnahmekapazitäten deutlich
1314 ausbauen und neue Aufnahmeprogramme starten. Wir sorgen dafür, dass unbegleitete
1315 Minderjährige, alleinfliehende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen,
1316 Ältere, LSBTIQ*, Familien, Personen mit psychischen Erkrankungen und besonders
1317 schutzbedürftige geflüchtete Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung, Betreuung
1318 und Unterbringung bekommen, die sie benötigen. Dabei schützen wir sie in allen
1319 Verfahrensschritten vor Diskriminierung und bieten entsprechende Unterstützungs-, Beratungs-
1320 und Empowerment-Angebote an.

1321 Bei der Aufnahme Schutzsuchender werden wir alle landesrechtlichen Spielräume ausnutzen und
1322 uns dabei auch für die Erteilung humanitärer Aufenthaltstitel durch die zuständigen Behörden
1323 einsetzen. Auch Menschen ohne Papiere oder mit prekärem Aufenthaltsstatus haben ein Recht
1324 auf ein Leben in Würde. Das bestehende Aufenthalts- und Asylrecht verweigert ihnen vielfach
1325 einen langfristig gesicherten Status und damit die soziale, wirtschaftliche und kulturelle
1326 Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Zur Wahrnehmung ihrer Rechte in asyl- und
1327 ausländerrechtlichen Verfahren, beim Zugang zu Wohnen, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheits-
1328 und sozialen Leistungen sind diese Menschen abhängig von einer niedrigschwelligen Rechts-

1329 und Sozialberatung. Diese wollen wir stärken und langfristig sichern. Ebenso stärken wir den
1330 anonymen Krankenschein, denn Gesundheit ist ein Menschenrecht.

1331 Eine echte Willkommensbehörde für Berlin

1332 Berlin profitiert seit Jahrhunderten davon, dass Menschen aus anderen Ländern hier ein neues
1333 Zuhause finden – egal ob freiwillig in der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf der Suche
1334 nach neuen Herausforderungen oder unfreiwillig die alte Heimat aufgebend. Sie bringen neue
1335 Ideen mit, bereichern die Stadt mit ihren einzigartigen Erfahrungen und sorgen für soziale
1336 wie technologische Innovationen. Hier ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft
1337 schon lange Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es
1338 jetzt schon ist: Etwa drei von zehn Berliner*innen haben einen Migrationshintergrund, etwa
1339 die Hälfte davon besitzt den Pass eines anderen EU-Landes. Nun gilt es, diese Realitäten in
1340 Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und
1341 freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt
1342 für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle nötigen
1343 Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und
1344 Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Zudem werden die neuen Einwohner*innen der
1345 Stadt bei dieser Behörde alle Amtsgeschäfte mit Landes- und Bezirksbehörden nach dem Prinzip
1346 des einzelnen Schalters auch in Fremdsprachen anstoßen können. Menschen ohne ausreichende
1347 Deutschkenntnisse werden von der Behörde im Umgang mit der Verwaltung unterstützt. Die
1348 Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt werden.
1349 Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
1350 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
1351 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
1352 der Betroffenen nutzen. Berlin setzt sich beim Bund dafür ein, dass Geflüchtete mit
1353 subsidiärem Schutz Reisedokumente mit ihrem Aufenthaltstitel erhalten, damit niemand einen
1354 nationalen Pass in dem Land beantragen muss, aus dem er geflüchtet ist. Darüber hinaus
1355 wollen wir die in Berlin bis 2018 geltende Sonderregelung, die eine solche Passbeschaffung
1356 nicht zwingend machte, wieder einführen.

1357 Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
1358 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
1359 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
1360 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
1361 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
1362 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
1363 ausgeschlossen sein. Abschiebungen dürfen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
1364 Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan oder Syrien, ist
1365 inakzeptabel und muss beendet werden. Kein Mensch ist illegal – das bedeutet für uns
1366 Berliner Bündnisgrüne, dass wir Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam für grundsätzlich
1367 unangemessene Maßnahmen halten und uns auch auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen.

1368 Damit das Landesamt für Einwanderung eine echte Willkommensbehörde werden kann, braucht es
1369 eine mehrsprachige Online-Terminvergabe, mehrsprachige kostenlose Beratungsmöglichkeiten
1370 sowie ausreichend Personal, das Aufenthaltstitel zügig und unter Ausschöpfung der
1371 gesetzlichen Spielräume zugunsten der Antragsstellenden erteilt. Für das geplante
1372 Landeseinbürgerungszentrum (LEZ) fordern wir eine vereinfachte Online-Terminvergabe,
1373 beschleunigte und digitalisierte Einbürgerungsprozesse, schlanke und unbürokratische
1374 Verfahren von Beratung bis zur Einbürgerung sowie kurze Bearbeitungszeiten, damit wir die
1375 Einbürgerungen in Berlin kontinuierlich steigern können. Es darf nicht sein, dass
1376 Einbürgerungsverfahren jahrelang dauern. Daher fordern wir die deutliche Aufstockung des
1377 Personals für Einbürgerung, die Nutzung der Landesspielräume zu Gunsten der Antragstellenden

1378 und Einbürgerungslots*innen sowie eine Einbürgerungskampagne. Auch die anstehende Reform des
1379 Einbürgerungsrechts auf Bundesebene und die damit verbundene Ausweitung des
1380 Antragsteller*innenkreises muss rechtzeitig und angemessen eingeplant werden.

1381

1382 Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen

1383 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
1384 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen – selbst innerhalb der
1385 Europäischen Union – immer wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser
1386 Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat
1387 politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur, Wissenschaft
1388 und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in Sicherheit zu leben.
1389 Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem gemeinsamen institutionellen Dach,
1390 einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein starkes Signal für den Schutz von
1391 Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein
1392 „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und
1393 gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

1394 Berlin ist Fairtrade-Town – das verpflichtet zu Verantwortung

1395 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
1396 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
1397 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
1398 Importeur*innen müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die
1399 Auszeichnung Berlins als Fairtrade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses
1400 waren dafür erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine
1401 faire und ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über
1402 Computer und Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig
1403 einkaufen. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns für ein wirksames Lieferkettengesetz mit
1404 verbindlicher Haftungsregelung ein, damit Unternehmen weltweit menschenrechtliche und
1405 umweltbezogene Sorgfaltspflichten einhalten müssen, Betroffene Zugang zu Gerichten in
1406 Deutschland bekommen und Verbraucher*innen Transparenz erhalten.

1407 Mit Europa im Herzen – engagiert und verantwortungsbewusst

1408 Für uns als größte Stadt der Europäischen Union ist es unser Selbstanspruch, eine
1409 verantwortungsbewusste und global-solidarische Politik der EU aktiv mitzuprägen. Dazu wollen
1410 wir die Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes vollumfänglich nutzen. In Berlin leben rund
1411 420.000 Bürger*innen aus anderen EU-Ländern – Europa ist Teil unseres Alltags, unsere
1412 Herausforderung und unsere historische Chance zugleich. Um diese Vielschichtigkeit Europas
1413 besser zu vermitteln, wollen wir Europabildung einschließlich Kolonialgeschichte in
1414 Bildungseinrichtungen anbieten und dazu mit möglichst vielen verschiedenen Berliner Trägern
1415 und Verbänden kooperieren. Um der wachsenden Rolle von Kommunen und Metropolen in der EU
1416 gerecht zu werden, setzen wir uns zusammen mit unseren europäischen Partnerstädten für eine
1417 direkte Vergabe von EU-Mitteln an Kommunen ein.

1418 Soziales Europa statt Ausbeutung

1419 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
1420 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
1421 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
1422 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
1423 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
1424 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-

1425 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
1426 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das
1427 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.
1428 Auf Bundes- und EU-Ebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft
1429 werden. In Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle
1430 Möglichkeiten geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des
1431 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben
1432 ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

1433 Partnerschaften in der Europäischen Union

1434 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
1435 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
1436 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
1437 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
1438 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
1439 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen,
1440 und Austauschprojekte von Schulen und Vereinen im Rahmen dieser Partnerschaft unterstützen.
1441 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerken, die sich für Klimaschutz, den
1442 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit einsetzen, wollen
1443 wir weiter ausbauen und stärken. Wir werden daher auch Berlins Mitgliedschaft im „Klima-
1444 Bündnis – Europäische Kommunen in Partnerschaft mit indigenen Völkern“ mit konkreten
1445 Aktivitäten beleben und unterstützen. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um
1446 noch stärker den Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
1447 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

1448 Europa in Berlin

1449 Wir wollen Europa in Berlin noch sichtbarer machen. Deshalb ist es gut, dass im Jahr 2021
1450 ein Bekenntnis zur Europäischen Union in die Berliner Landesverfassung aufgenommen worden
1451 ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der Bürgermeister besser in die
1452 Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen Sozialfond (ESF) und den Europäischen
1453 Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden werden. Außerdem wollen wir das
1454 europäische Programm „NextGenerationEU“ nutzen, um dem Klimawandel und der digitalen
1455 Transformation mit Zukunftsinvestitionen zu begegnen. Die Europabeauftragten auf
1456 Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Auch das
1457 Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen wir vereinfachen, indem diese
1458 Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt. Kleinen und mittleren Unternehmen,
1459 Vereinen und Initiativen wollen wir den Zugang zu Fördermitteln durch niedrigschwellige
1460 Beratungsangebote erleichtern.

1461 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1462 1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen

1463 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
1464 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
1465 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
1466 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben: durch
1467 ein effektives Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung, einen
1468 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
1469 der Verwaltung. Und damit feministische Politik endlich als Querschnittsthema in allen
1470 Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche,

1471 datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und
1472 eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

1473 2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur
1474 Terrorserie in Neukölln

1475 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-Morden.
1476 Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt, aus der
1477 Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei Staatsanwälte in
1478 der Berliner Justiz umgesetzt werden. Betroffene fühlen sich vom Staat nicht mehr geschützt
1479 und noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch
1480 nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit über die Fälle, aber
1481 auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist*innen und Staatsanwält*innen spielen. Darum
1482 haben wir direkt zu Beginn der Legislaturperiode einen parlamentarischen
1483 Untersuchungsausschuss eingesetzt und werden die Vorkommnisse dort aufs Genaueste
1484 untersuchen. Aufklärung schafft Vertrauen. Genau das braucht die Berliner Polizei. Bis zur
1485 Aufklärung der rechtsextremen Terrorserie und darüber hinaus stehen wir den Angegriffenen
1486 solidarisch beharrlich zur Seite, auch weil es sich dabei um einen Angriff auf unsere
1487 Gesellschaft als Ganzes handelt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Sicherheitsapparat die
1488 von rechter Gewalt Betroffenen wirklich schützt.

1489 3. Bürger*innenräte in Berlin einführen

1490 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
1491 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die zu bestimmten Themen mit einem spezifischen
1492 Auftrag und den notwendigen Ressourcen temporär gebildet werden und die Institutionen
1493 repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das
1494 Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können.
1495 Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im
1496 Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
1497 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
1498 auf lokaler Ebene erhöhen.

1499 4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten

1500 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
1501 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser
1502 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
1503 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
1504 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
1505 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
1506 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
1507 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

1508 5. Eine Willkommensbehörde für Berlin

1509 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
1510 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
1511 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
1512 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs und die Verweisberatung zu Deutschkursen
1513 bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für
1514 Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch die Zuständigkeit für das
1515 Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die Integrationsverwaltung übertragen werden.
1516 Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.